

Kanzelrede Christuskirche Dormagen 07. März 2004

„Sicherheit und die andere Perspektive von Frauen und Mädchen!“

Monika Hauser, medica mondiale

Sehr geehrte Damen und Herren,

nein, das ist mir zu distanziert für das, wovon ich zu berichten habe, für das, wofür ich hier stehe,

liebe Frauen und Männer,

aber vielleicht ist Ihnen das zu nahe, weil Sie das Thema nicht so nahe an sich herankommen lassen möchten. Aber das muss ich sowieso Ihnen überlassen, wie Sie mit dem Thema umgehen wollen.

Aber wie auch immer, eines ist gewiss: das Thema „Gewalt gegen Frauen“ ist allgegenwärtig, ob im Kriegsland oder im Friedensgebiet Deutschland. Ich möchte heute über Sicherheit sprechen, und darüber, dass Frauen und Mädchen eine ganz andere Perspektive auf Sicherheit haben als Männer.

Wenn es um Krieg und Frieden geht, ist auch immer die Rede von Sicherheit. Bei näherem Betrachten geht es dabei aber fast ausschließlich um die Sicherheit der Männer. Frauen und Mädchen haben aber andere Notwendigkeiten an Sicherheit. Frauen und Mädchen haben andere Lebensrealitäten als Männer, das Leben vieler ist auch außerhalb unmittelbarer Kriegszonen ständig existentiell gefährdet!

Diese ständige Gefährdung resultiert aus mehreren Faktoren, die ich hier kurz erläutern möchte.

A. Neben den allgemeinen militärischen Gefahren und der unzureichenden Versorgungslage in Kriegs-, Nachkriegs- und Krisengebieten sind Frauen darüber hinaus immer einer **frauenspezifischen doppelten Gewalt** ausgesetzt.

Damit meine ich zum 1. die gesteigerte (strukturelle, physische, psychische und) sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen während kriegerischer Auseinandersetzungen. Eine Zunahme sexualisierter Gewalt gegen Frauen und Mädchen zeigt sich oft schon in Vorkriegszeiten und kann wie ein Gradmesser für einen eskalierenden Konflikt gedeutet werden. Während der Kriegszeit selbst kommt es häufig zu massenhaften Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen der gegnerischen Seite, was zur Instrumentalisierung dieser Gewalt als strategisches Mittel der Kriegsführung wie zB in Bosnien-Herzegowina, in Ruanda oder auch dem Kongo

gedient hat. Es sollte die einzelne muslimische oder Tutsi-Frau gedemütigt und zerstört werden, aber über ihren Körper ging die Botschaft der Demütigung und Zerstörung an die gesamte Volksgruppe. Daher funktioniert die patriarchale Botschaft über das Instrument Vergewaltigung ja so schrecklich effektiv, weil sowohl der Vergewaltiger als auch der Ehemann oder Vater den Frauenkörper als ihren Besitz ansehen.

Nicht nur im Krieg, sondern auch bei andauernden Konflikten in Krisenregion wird sexualisierte Gewalt benutzt als Mittel der Einschüchterung und Demütigung - zum Beispiel in den Lagern Tschetscheniens, wo russische Soldaten von der Weltöffentlichkeit unbemerkt agieren können. Sie haben einen Freibrief zu vergewaltigen, niemand wird sie je für diese Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung ziehen. Hier paart sich Rassismus und Sexismus: die Propaganda suggeriert, dass tschetschenische Frauen zu den Untermenschen gehören und deswegen zerstört werden dürfen. Für den Sexismus braucht es keine Propaganda, die Männer wissen, dass sie sich die Frauen einfach nehmen können, und sie dafür das klammheimliche Einverständnis ihrer Vorgesetzten haben. Zuhause werden die Männer dann als Helden gefeiert.

Aber Vergewaltigungen und weitere frauenspezifische Gewalt wie Verstümmelungen an Frauen erreichen aber keine Öffentlichkeit, wenn die Medien nicht darüber berichten. Und das Medieninteresse wiederum hängt ab vom politischen Interesse. Pech für die tschetschenischen Frauen. Und für die Frauen aus Sierra Leone oder aus Liberia.

Auch ist in nahezu allen Nachkriegszeiten aufgrund politischer Instabilität, sozialer Folgen der Kriegszerstörungen und ökonomischer Perspektivlosigkeit mit erhöhter Gewalt zu rechnen. In allen unseren Projekten sehen wir, dass häusliche Gewalt enorm zugenommen hat.

Hier möchte ich jedoch die Gewaltform der Zwangsprostitution nicht vergessen, dieses Sklavinnenrentum der Moderne ist gerade in Nachkriegsgebieten für Männer ein Milliardengeschäft geworden und hat mittlerweile das Drogengeschäft überrundet. Dabei ist es ziemlich risikolos, da die Angst der Frauen, die mangelhaften lokalen Gesetze und die korrupte Polizei den Mafiabanden in die Hände spielt. In die Bordelle in Mazedonien oder Pristina gehen in erster Linie internationale Männer, seien es Mitarbeiter von humanitären Organisationen oder Soldaten der Internationalen Friedenskräfte. Dabei fallen immer wieder v.a. deutsche Soldaten

auf, die in keinster Weise ein Unrechtsbewusstsein dafür haben, was sie da tun. Die Frauen kommen aus den armen osteuropäischen Ländern wie Moldawien, der Ukraine oder Rumänien, sie leben in den Bordellen unter sklavinnenhaften Bedingungen. Die Nachfrage geht nach immer jüngeren Mädchen. Wenn sie nicht mehr funktionieren, werden sie in ihre Heimat abgeschoben - seelisch kaputt und mit diversen Geschlechtskrankheiten angesteckt. Seit Jahren versuchen wir mit dem Verteidigungsministerium dazu ins Gespräch zu kommen – die Antwort ist eine Mauer des Schweigens.

Zum 2. meine ich – neben der erhöhten Gewalt in Kriegszeiten - die systemimmanente patriarchale Gewalt innerhalb von Ländern mit nach wie vor bestehenden Feudalstrukturen und extrem rigiden Sozialkodices. Ich spreche von Ehrenmorden im Irak, wo vergewaltigte Mädchen durch ihre Brüder umgebracht werden, weil sie eine Schande für die Familien-Ehre sind. Ich spreche von der gängigen Zwangsverheiratung 9-jähriger Mädchen in Afghanistan und der Tatsache, dass sie, wenn sie davor wegliefen, ins Gefängnis gebracht werden und unter unsäglichen Bedingungen ohne Perspektive leben müssen. Der einzige Vorteil ist, dass sie hier noch am sichersten sind vor der Wut ihres Vaters. Ich spreche des weiteren davon, dass in Kosova von jungen Frauen, deren Mann gestorben ist, erwartet wird, dass sie seinen Bruder heiraten, sonst müssen sie ihre Kinder und den Besitz an die Familie der Schwiegereltern abgeben.

Falls die Frauen die Kriegs-Gewalt überlebt haben, kommt dann nach dem Trauma der eigentlichen Gewalterfahrung für die Überlebenden ein zweites Trauma, nämlich das des Tabus und des Schweigens, dazu. Um den gefallenen Sohn kann die Familie innerfamiliär und öffentlich trauern, aber wo trauert die vergewaltigte Frau um das, was sie verloren hat, was in ihr zerbrochen ist? Ein integraler Bestandteil gerade dieser misogynen Sozialkodices ist die Tabuisierung jeglicher sexualisierter Gewalt. Einerseits darf diese Gewaltform familiär und gesellschaftlich nicht thematisiert werden, andererseits verursacht sie zusammen mit dem Verschweigen schwerwiegende gesundheitliche und soziale Folgen für die Frauen. Sie führt zu Stigmatisierung und sozialer Ausgrenzung bis hin zur Ermordung.

Diese Ausgrenzung hatten auch die deutschen Frauen 1945 zu befürchten, daher verschwiegen auch sie ihre schrecklichen Erfahrungen der Vergewaltigung durch die

Alliierten. Erst der Film „Befreier und Befreite“ von Helke Sander Anfang der 90er Jahre bewirkte Öffentlichkeit zu diesem Thema. Auch über die Zwangsprostitution, um sich und ihre Kinder über Wasser zu halten, konnten die Frauen nie sprechen. Was heißt das für eine Gesellschaft, die so elementare Gewalterfahrungen in ihrer Mitte kaum thematisiert hat – und für die nachfolgenden Generationen, die an der Last dieses Traumas schwer tragen? Wie geht diese Gesellschaft mit heutigen Flüchtlingen um?

B. Aber neben der konkreten Gewalt ist das Gefährdungspotential von Frauen auch dadurch erhöht, **dass sie und ihre Bedürfnisse von der internationalen Hilfe kaum mitgedacht werden.** Wenn von Sicherheit gesprochen wird, ist fast immer die der Männer gemeint.

Natürlich erhöht das auch die Sicherheit für die Frauen, wenn die Straßen in Kabul oder Kunduz sicherer werden, aber was heißt Sicherheit für die 9-jährige, die einen 40-Jährigen heiraten soll. Oder Bagdad? Mit Sicherheit ist dort vor allem die der US-amerikanischen Soldaten gemeint. Aber nicht diejenige der Mädchen und Frauen, die in den letzten Monaten am helllichten Tag vergewaltigt worden sind.

Und wenn Flüchtlingsfrauen abends in den großen Auffanglagern eine der wenigen Gemeinschaftsduschen benutzen müssen, ist die Wahrscheinlichkeit, angepöbelt bis vergewaltigt zu werden, relativ hoch. Auf jeden Fall begleitet sie ständig die Angst davor.

Also muss hier festgehalten werden, dass Frauen und Mädchen in Krisenregionen auch ein höheres Gefährdungsrisiko haben, weil die Internationale Gemeinschaft mit ihren unterschiedlichen Organen Frauenrealitäten nicht mitdenkt. Die Sicherheitsprioritäten in Bagdad sind *nicht* nach dem Wissen um erhöhte sexualisierte Gewalt in einem solchen rechtsfreien Raum gestaltet worden. Ein anderes Beispiel aus Pristina: die dortige UN-Verwaltung hat beim Aufbau des kosovarischen Justizwesens die Tatsache ignoriert, dass es – neben dem geschriebenen Gesetz - das gelebte traditionelle Gewohnheitsrecht (Kanun) ist, welches die Rechte der Frauen extrem beschneidet. Aber dieses Gewohnheitsrecht haben die Mitarbeiter der Justiz verinnerlicht und dieses wenden sie täglich gegen die Frauen an! Hier reicht das beste geschriebene Gesetz nicht aus, sondern es muss besonderes Augenmerk auf die Ausbildung der Richter und Richterinnen gelenkt werden, damit diese auch endlich beginnen, die Gesetze für die Frauen anzuwenden. Durch Bewusstseinsarbeit eine erhöhte Sensibilität zu erreichen, ist nicht nur eine inner-

kosovarische Angelegenheit, das ist auch eine Aufgabe der UN-Verwaltung - aber leider liegt gerade da der Hase im Pfeffer. Wenn in den UN-Strukturen selbst mangelndes Bewusstsein zur Diskriminierung von Frauen herrscht, kann sich die UN nicht als positives Modell anbieten. Alleine, wenn ich mir die Zusammensetzung bei den Verhandlungen ansehe, sitzen oft auf kosovarischer Seite mehr Frauen in Leitungspositionen als auf UN-Seite! Hier meine ich natürlich nicht nur die UN-Akteure, sondern auch alle anderen internationalen Akteure vor Ort. Und ich meine auch nicht nur Kosova, vielmehr gibt es leider noch viele andere schlechte Beispiele.

Das Querschnittsthema auf allen politischen Ebenen muss also sein, die Frauenrealitäten miteinzubeziehen.

sie mitzudenken und entsprechend zu integrieren! Ein bisschen humanitäre Hilfe reicht nicht aus, Gewalt gegen Frauen muss geächtet werden. Ein bisschen gender/Geschlechterdebatte reicht auch nicht, dies zeigt die Erfahrung in der ständigen Auseinandersetzung mit Strukturen der Politik und der Entwicklungszusammenarbeit. Als Expertin werde ich zu politischen Veranstaltungen eingeladen, ich darf über die Arbeit vor Ort reden, die Schrecklichkeit von sexualisierter Gewalt bewirkt Betroffenheit - aber wenn ich fordere, dass auch deutsche Politiker und Politikerinnen endlich die patriarchale Geschlechter-Konstruktion wahrnehmen müssen, wird gegrinst. Auch in der Entwicklungshilfe setzt sich das Bewusstsein erst langsam durch, dass sich nichts, aber auch gar nichts an den herrschenden Verhältnissen verändern wird, solange nicht die konstruierten Rollenbilder der Geschlechter verändert werden. Männer müssen hier Verantwortung übernehmen und an dieser überfälligen Veränderung mitarbeiten.

Fortbildung und Aufklärung ist auf allen Ebenen angesagt: Was ist, wenn MitarbeiterInnen von internationalen Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs), die zwangsläufig mit traumatisierten Frauen in Kontakt kommen, mit ihrem Fehlverhalten erneute Verletzungen (Retraumatisierungen) anrichten?

Wenn die IG wie in Kabul viel Geld investiert und behauptet, die Einhaltung der Frauenrechte in Afghanistan wäre für sie prioritär, dann muss sie auch eine entsprechende klare Politik machen und sich öffentlich und demonstrativ dafür einsetzen. Das heißt dann, dass sie nicht einfach weiterhin warlords, die Frauenrechte mit Füßen treten, als Verhandlungspartner ernst nehmen kann (wie seinerzeit Milosevic, der jetzt in Den Haag sitzt). Dies kollidiert natürlich eklatant mit dem Prinzip der Nicht-Einmischung, sodass die Internationale Politik einschließlich Berlins hier

endlich Farbe bekennen muss, wie wichtig ihr die Menschenrechte von Frauen wirklich sind! Ich möchte endlich erleben, dass die Geldvergabe an Kabul direkt davon abhängig gemacht wird, ob von afghanischen Politikern etwas gegen die extremen Diskriminierungen von Frauen und Mädchen unternommen wird – wenn nicht, gibt es kein Geld.

Zu unseren konkreten Ansätzen und Aktivitäten in Kabul

medica mondiale ist seit März 2002 in Kabul tätig und dabei setzen wir in unserer konkreten Arbeit auf zwei Ebenen an:

Zum einen durch Lobbyarbeit Einfluss nehmen auf politische Entscheidungsprozesse und Entwicklungen und zum zweiten mit unseren Projekten unmittelbare Unterstützung für Frauen und Mädchen zu leisten.

Dabei ist natürlich der Vorteil, dass wir beides miteinander verbinden können, d.h. durch das konkrete Tun erhalten wir Fakten über die afghanische Frauenrealität, machen also gleichzeitig auch immer eine feministische Analyse der Lage und nutzen dies dann direkt für die Lobbyarbeit.

Lobbyarbeit heißt, immer und überall Bewusstseinsarbeit, dass Menschenrechtsverletzungen gegen Frauen überhaupt als solche wahrgenommen und deklariert werden.

Das bedeutet beispielsweise Gespräche und Einflussnahme auf Kommissionen, die sich mit Gesetzesentwürfen bzw. Verfassungsgebung befassen. Ein Ziel ist die Beseitigung struktureller Gewalt gegen Mädchen und Frauen. Einige Beispiele dafür sind:

- Zwangs-Verheiratung von Mädchen unter dem gesetzlichen Mindestheiratsalter von 16 Jahren (oftmals werden Mädchen bereits im Alter von 9 Jahren verheiratet), oft mit einem wesentlich älteren Mann (nicht selten werden 15-Jährige mit 60-Jährigen verheiratet)
- Der Brauch, nach Streitigkeiten bis hin zu Mord der Familie des Beschädigten ein junges Mädchen der eigenen Familie als „Wiedergutmachungs-Geschenk“ zu übergeben.

Bei den Einsätzen exilafghanischer Ärztinnen unseres Ärztinnenprogramms wurde ein weiterer Misstand deutlich: wenn die erforderliche schriftliche Zustimmung eines

männlichen Familienangehörigen zur (Notfall-) Operation einer schwangeren Frau fehlt, dann unternehmen die Ärzte auch nichts. So nehmen also alle in Kauf, dass die Frauen und ihre ungeborenen Kinder sterben, weil ohne männliche Unterschrift kein lebenserhaltender Kaiserschnitt durchgeführt wird. Hier haben wir erfreulicherweise mit unserer Intervention bei der Gesundheitsministerin erwirkt, dass sie ein Dekret erlassen hat, welches das ärztliche Personal anweist, in Notfällen unmittelbar die lebenserhaltenden Operationen einzuleiten.

Im letzten September haben wir ein vielversprechendes neues Projekt gestartet, in welchem wir Rechtsberatung für die inhaftierten Frauen und Mädchen im Kabuler Gefängnis anbieten. Die meisten von ihnen sind wegen sogenannter moralischer Verbrechen verhaftet worden, dazu gehört beispielsweise, wenn eine 15-jährige vor der Zwangs-Verheiratung mit einem 50-jährigen Mann davonläuft. (Dazu gibt es einen Bericht, der auf unserer Homepage abrufbar ist.) Unser Ziel ist es, dass die Gefangenen überhaupt einen Zugang zu einem fairen Prozessverfahren haben, und Rechtsprechung so ermöglicht wird. Es wurden lokale Juristinnen geschult, die damit begonnen haben, die Fälle der Frauen aufzunehmen. Ihre Fragen wiederum zwingen die Männer im Justizapparat, ein Rechts-Verfahren überhaupt einzuleiten. Sehr wichtig ist, eine Begleitung nach der Entlassung zu leisten, denn manche Frauen sind im Gefängnis geschützt als draußen. Besonders beeindruckt hat mich, dass die Projektleiterin frühzeitig die Schulung der Gefängnis-Wärterinnen integriert hat. Diese Wärterinnen sind Schlüsselpersonen im Gefängnisalltag, bis vor kurzem noch haben sie den Frauen Medikamente und Nahrungsmittel vorenthalten, auch Schläge waren nicht ungewöhnlich. Nach ihrer Schulung, wo sie in ihrer Professionalität ernst genommen wurde und sie damit auch eine persönliche Aufwertung erfahren haben, gingen sie mit den Frauen ganz anders um. Wenn jetzt eine Frau dem Haftrichter vorgeführt werden soll, verweigern dies die Wärterinnen, bis die Anwältin präsent ist und die Frau begleiten kann.

Der ewigen Willkür von Polizei und Justiz wollen wir konkrete Unterstützung und für Frauen verlässliche Strukturen entgegensetzen. Durch die Bewusstseinsarbeit wollen wir zeigen, dass auch eine andere Perspektive möglich ist. Dies bringt mich zum Anfang zurück. Die Lebensrealitäten von Frauen und ihre Sicherheit mitzudenken, bringt eine andere Perspektive.

Hier möchte ich die anwesenden Männer gerne dazu auffordern, in den kommenden 7 Tagen darüber nachzudenken, was wohl die andere Perspektive der Frauen ist! Damit meine ich nicht die alltäglichen Diskriminierungen (schlechtere

Bezahlung, mehr Hausarbeit, dass die Zahl der Väter, die Erziehungszeiten machen immer noch unter 5% liegt, etc), ich spreche von Gewalt. Nehmen Sie bitte wahr, wo Frauen in Ihrer Umgebung Angst haben, welche sie von Kind an antrainiert haben, die oft wortlos an die Mädchen weitervermittelt wird, indem diese Gewaltsituationen ihrer Mütter mitbekommen. Frauen wechseln abends die Straßenseite, um Überblick zu wahren, überlegen Sie doch bitte einmal, warum es nicht anders rum ist, dass Männer die Straßenseite wechseln, um Frauen damit ein geschützteres Gefühl zu geben. Wenn Sie nicht weiterkommen, fragen Sie Ihre Frauen oder Freundinnen, Ihre Töchter, Ihre Arbeitskolleginnen. Und reflektieren Sie Ihr eigenes Gewaltpotential!

Ich behaupte, diese andere Perspektive, sozusagen die „Unterseite“ der grossen Politik, ist die Voraussetzung für Frieden – weil hier Kommunikation und Verständigung stattfindet. Die jahrelangen und unermüdlichen Anstrengungen von mutigen Frauen-Projekten in Krisengebieten weltweit, deren Namen nie auf einer Liste der Friedens-Nobelpreisträgerinnen auftauchen werden, diese Frauen sind für mich der Beitrag und die zwingende Voraussetzung für Demokratisierungsprozesse und Frieden. Damit Sicherheit auch irgendwann für alle Frauen eine Perspektive werden kann.